



SmF-Bundesverband – Luxemburger Str. 181-183 – 50939 Köln

Bundeskanzler  
Herr Friedrich Merz  
Bundeskanzleramt  
Willy-Brandt-Str. 1  
10557 Berlin

**Anschrift:**

Luxemburger Str. 181-183  
50939 Köln

Telefon: + 49 221 789 97 380

E-Mail: a.kilicarlan@smf-verband.de

**Ansprechpartnerin:**

Frau Ayten Kılıçarslan

Köln, 12.05.2025

**Offener Brief an den Bundeskanzler und das Bundeskabinett  
Antirassismus darf nicht zur Randnotiz werden – muslimische Wohlfahrt stärken, Diskriminierung wirksam bekämpfen**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,  
sehr geehrte Mitglieder des Bundeskabinetts,

mit großer Besorgnis nehmen wir zur Kenntnis, dass zentrale Zuständigkeiten im Bereich Antirassismus in der neuen Bundesregierung an Sichtbarkeit und politischer Verankerung verlieren. Das eigenständige Amt der Beauftragten für Antirassismus wurde abgeschafft, ohne dass eine Nachfolge benannt oder ein struktureller Ersatz geschaffen wurde. Auch die dringend notwendige Bekämpfung antimuslimischer Diskriminierung findet aktuell kaum erkennbare Berücksichtigung in der Regierungsarbeit.

Als Sozialdienst muslimischer Frauen (SmF), ein bundesweit tätiger muslimischer Wohlfahrtsverband, vertreten wir Perspektiven, Erfahrungen und Bedarfe von Muslim\*innen – insbesondere von Frauen – in Deutschland. Aus dieser Verantwortung heraus fordern wir von der Bundesregierung eine klare Haltung sowie konkrete Maßnahmen gegen Rassismus und zur Stärkung muslimischer Strukturen.

**Unsere zentralen Anliegen:**

**1. Antimuslimischen Rassismus konsequent benennen und bekämpfen**

Antimuslimischer Rassismus ist eine Realität – im Netz, auf der Straße, im Bildungs- und Arbeitskontext sowie in staatlichen Einrichtungen. Besonders muslimische Frauen mit Kopftuch sind überdurchschnittlich betroffen. Die Anschläge in Hanau, Halle und München zeigen, dass islamfeindlicher Hass tödlich sein kann.

Wir fordern die umgehende Umsetzung der Empfehlungen des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit, die Stärkung der Deutschen Islam Konferenz (DIK) als dauerhafte Plattform und ein klares Bekenntnis der Bundesregierung gegen jede Form islamfeindlicher Ausgrenzung. Zudem bedarf es der Abschaffung diskriminierender Kleidungsverbote, die gezielt muslimische Frauen betreffen.

**2. Muslimische Wohlfahrtsstrukturen nachhaltig stärken**

Muslimische Träger leisten unverzichtbare Arbeit in der sozialen Infrastruktur – in der Kinder- und Jugendhilfe, Altenhilfe, Bildungs- und Gesundheitsarbeit. Dennoch sind sie strukturell benachteiligt. Förderprogramme sind oft zeitlich befristet, Zugänge kompliziert und institutionelle Gleichstellung nicht gegeben.

Wir fordern:

- Die strukturelle und langfristige Förderung muslimischer Wohlfahrtsorganisationen
- Den Abbau von Hürden in Antragsverfahren
- Die Gleichstellung muslimischer Träger im Wohlfahrtssystem
- Die Verstetigung und den Ausbau bestehender Modellförderungen

Diese Maßnahmen dienen der Wahlfreiheit, Sichtbarkeit und gleichberechtigten Teilhabe – zentrale Prinzipien unseres demokratischen Gemeinwesens.

### **3. Antidiskriminierungsrecht wirksam reformieren**

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) schützt nicht ausreichend vor struktureller Diskriminierung – insbesondere nicht in staatlichen Institutionen. Wir unterstützen daher die Forderungen zahlreicher Fachstellen und fordern eine:

- Ausweitung des AGG auf den öffentlichen Sektor
- gesetzliche Verankerung zielgruppenspezifischer Antidiskriminierungsberatung
- Einbindung muslimischer und migrantischer Selbstorganisationen in Antidiskriminierungsstrukturen auf Bundes- und Landesebene

### **Unser Appell**

Muslim\*innen bilden nach Christ\*innen die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Deutschland. Ihre Perspektiven müssen in der Antirassismuarbeit, der Wohlfahrtsförderung und der politischen Teilhabe sichtbar und wirksam einbezogen werden.

Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus und jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit müssen mit gleicher Konsequenz bekämpft werden.

Wir fordern von der Bundesregierung eine offene Kommunikation ihrer Antidiskriminierungsstrategie, die aktive Einbindung muslimischer Akteure sowie politische Klarheit und Verlässlichkeit. Vertrauen entsteht nicht durch symbolische Gesten, sondern durch spürbare, langfristig angelegte Maßnahmen.

Als SmF stehen wir für Austausch, Expertise und Mitgestaltung bereit – gemeinsam für eine vielfältige, gerechte und solidarische Gesellschaft.

Mit freundlichen Grüßen



Ayten Kılıçarslan  
Bundesvorsitzende  
Sozialdienst muslimischer Frauen e. V. (SmF-Bundesverband)